

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/156

19. August 1974

Von der Freiheit der Christenmenschen

Die Ökumene stellt sich den drängenden Weltproblemen

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Seite 1 und 2 / 71 Zeilen

Todenhöfer und der portugiesische Kolonialismus

Das entwicklungspolitische Sündenregister der Christdemokraten

Von Alwin Brück MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 3 und 4 / 51 Zeilen

Geheimnisverrat wirklich ohne Ende?!

Eine böseartig-fragwürdige Praxis muß bald gestoppt werden

Seite 5 / 48 Zeilen

Der Bundesrepublik fehlen 4.500 Werkärzte

Minister-Report zeigt besorgniserregende Fakten

Seite 6 und 7 / 76 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Königs-Str. 10 - 112 T. I. (Fax) 971 211

Von der Freiheit der Christenmenschen

Die Ökumene stellt sich den drängenden Weltproblemen

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Wer die Dokumente und Entschlüsse der Berliner Tagung des Zentralaussschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen aufmerksam liest, fühlt sich nicht in eine fremde, etwa in eine fromm-harmonisierte, in eine "andere", sondern mitten in unsere weltpolitische Wirklichkeit versetzt. Sprache und Diktion der Konferenzbeiträge - wie stark (und für den Außenstehenden terminologisch oft nicht leicht verständlich) Einzelne manchmal auch noch dem ideologischen Denken des Pietismus einerseits oder dem Klassenkampf andererseits verhaftet sind - weichen nicht den "Realitäten und Bedrohungen der Zeit" aus. Philip Potter, der Generalsekretär des Weltkirchenrates, hat Recht behalten: "Mutig und furchtlos" hat der Zentralaussschuß entschieden - namentlich in seinem Votum für die verstärkte Fortführung seines Anti-Rassismus-Programms von 1969, das seit der Zeit vor allem die EKD vor ständige Zerreißproben gestellt hatte.

Auch die meisten übrigen Kongressresolutionen passen nicht in den gängigen Raster der Opportunität oder lassen sich mit der Elle des heute oder morgen Machbaren messen: Riesengroß ist die Hoffnung auf eine bessere, gerechtere, da veränderbare Welt. Und sinnvoll sind die Schritte, die die in der Ökumene zusammengeschlossenen über 260 nicht-katholischen Kirchen dahin gemeinsam tun wollen. Über das Ziel ist wohl weniger eschatologisch als in der Kategorie des "Prinzips Hoffnung" nachgedacht worden, jedenfalls weniger (herkömmlich) theologisch, als gesellschaftspolitisch. Bei dieser humanitären Perspektive darüber mit einigen Kirchenleuten streiten zu wollen, ob die Tagungsentscheidungen insgesamt eher als theologisierte politische oder als politisch-theologische zu charakterisieren sind, erscheint jedenfalls dem Politiker als ein überflüssiges Geschäft. In Anlehnung an das Wort von Karl Barth (dem für mein Verständnis immer noch wichtigsten ökumenischen Theologen unseres Jahrhunderts) gilt mir das Konferenzgesamtergebnis durchaus als Beleg dafür, daß Politik zum Ernstfall auch einer Theologie werden kann.

Unter den zahlreichen Entschlüssen des Weltkirchenrates kommt die dann doch ziemlich einhellig gefallene Entscheidung für die Fortführung

des Anti-Rassismus-Programms, das jetzt durch die Gründung der "Ökumenischen Genossenschaft für Entwicklung" (= kirchliche Weltbank) noch effektiver wird, eine auch für die politische Öffentlichkeit hervorragende Bedeutung zu. Auch künftig werden die unterdrückten Minderheiten durch die Unterstützung humanerer Projekte gegen die Macht ihrer (weißen) Unterdrücker unterstützt! Die "entschärfte" Vorlage reduziert die Beschlüsse von Canterbury (1969), Addis Abeba (1971) und Utrecht (1972) prinzipiell nicht. In der Diskussion über die "Programmeinheit Gerechtigkeit und Dienst" wurde eingehend über die bisherigen Maßnahmen des Sonderprogramms Anti-Rassismus berichtet: 2,73 Millionen DM (davon eine halbe Million aus der Bundesrepublik) sind ausschließlich für Maßnahmen sozialer, medizinischer und pädagogischer Hilfsprojekte verwendet worden; einen "Mißbrauch" von Mitteln aus diesem Fonds hat es nirgends gegeben.

Wie werden die politischen und theologischen Polemiker auf die allerjüngsten Berliner kirchlichen Entscheidungen reagieren? Wie werden kirchliche Konservative ("konservative Evangelikale"), die uns häufig genug auf unseren Synoden wegen unserer Unterstützung des Anti-Rassismus-Programms angriffen und es für unvereinbar mit dem "Ethik-Verständnis von Christenmenschen" hielten, und wie werden Unions-Christen, die sich in immer neuen Diffamierungen bis hin zu parlamentarischen Anfragen an die Bundesregierung über eine sozialdemokratische Partei ereiferten, die das Gespräch mit afrikanischen Freiheitsbewegungen, namentlich mit Frelimos aufgenommen hatte, was CDU/CSU-Christen wiederum für eine unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten von NATO-Verbündeten erklärten, auf dieses deutliche kirchliche Votum reagieren?

Der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen hat auf christlich-theologischer Basis die Erkenntnis realisiert, daß christliche Freiheit nicht abstrakt, sondern immer nur konkret gelebt werden kann. Humanisten, Christen, Marxisten und Andere - begrüßen Verbündete des humanen Fortschritts für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

(~/19.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Todenhöfer und der portugiesische Kolonialismus

Das entwicklungspolitische Sündenregister der Christdemokraten

Von Alwin Brück MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nach langem, sehr beredtem Schweigen zu den Vorgängen in Portugal ist jetzt der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Jürgen Todenhöfer MdB, in dieser Frage auf die Linie der SPD eingeschwenkt. Immer schon war es die Meinung der Koalition, daß den Portugiesen auf europäischer Ebene bei dem Prozeß zu helfen sei, den sie jetzt begonnen haben: ihr Leben zu demokratisieren und sich aus ihren afrikanischen Kolonien zurückzuziehen. Die lange Zurückhaltung Todenhöfers war verständlich. Während spätestens seit dem Sommer 1973, als der Kolonialkrieg in Mozambique und Angola immer scheußlichere Formen annahm, nicht nur die Völker Afrikas, sondern auch die große Mehrheit der in den Vereinten Nationen vertretenen Staaten eine Beendigung dieses Konfliktes nur noch in einem Rückzug Portugals aus Afrika sahen, hatte der Obmann der CDU/CSU-Fraktion für Entwicklungspolitik, Dr. Jürgen Todenhöfer, noch im Januar 1974 gefordert, die Bundesregierung dürfe als NATO-Verbündete Portugals bei den Auseinandersetzungen in den portugiesischen Kolonien "nicht die Feinde unseres Partners unterstützen". Vielmehr sollten wir Portugal eine viel größere Unterstützung gewährleisten, um uns einen sicheren Verbündeten zu erhalten.

Todenhöfer und andere CDU/CSU-Politiker dokumentierten mit ihrer einseitigen Betonung der Kolonialmachtinteressen einmal mehr, daß sie auf der einen Seite ein gestörtes Verhältnis zum Selbstbestimmungsrecht und auf der anderen Seite keinerlei Gespür für grundlegende politische Veränderungen besitzen. Sie sind daher nicht imstande, die deutschen Interessen wirksam nach außen zu vertreten.

Zahlreiche SPD-Politiker haben in den letzten Jahren immer wieder verlangt, daß Portugal sich aus Afrika lösen müsse. Denn die Zeit sei vorbei, daß der damaligen Führung Portugals erlaubt sein könne, durch die Kolonialpolitik die Beziehungen zwischen Europa und Afrika zu vergiften. Die Kolonialpolitik Portugals werde auch zunehmend zur Belastung für das Atlantische Bündnis. Deshalb müsse sich auch die NATO mit der

Politik ihres Mitgliedstaates Portugal beschäftigen. Führende Vertreter der CDU/CSU wollten dies nicht wahrhaben.

Die CDU/CSU ließ sich vollends vor den Karren der portugiesischen Kolonialpolitik spannen, als sich ihr entwicklungspolitischer Sprecher Todenhöfer im September 1973 auf Einladung der portugiesischen Regierung und unter dem "Schutz" der portugiesischen Armee durch Mozambique fahren ließ. Danach berichtete er von Greueln der Befreiungsorganisation Frelimo und behauptete, die Frelimo fände in der Bevölkerung wenig Unterstützung. Die portugiesischen Militärs beurteilten dies völlig anders. Sie siedelten die Bevölkerung ganzer Landstriche zwangsweise in bewachte und wegen ihrer Lagerstruktur leicht zu kontrollierende "Wehrdörfer" um. Damit sollte der Befreiungsorganisation der Kontakt zur Bevölkerung erschwert werden. Todenhöfer formulierte nach seinem Besuch gemäß der amtlichen portugiesischen Sprachregelung: Diese "Großdörfer sind aus entwicklungspolitischen Gründen geschaffen worden" und hätten "den Zweck des größeren Schutzes vor der Befreiungsorganisation Frelimo".

Angesichts der hoffnungsvollen Ereignisse in Portugal und des sich ankündigenden Rückzuges der letzten Kolonialmacht aus Afrika wird nun jedermann klar, wie kurzsichtig die Politik der CDU/CSU ist. Wäre die Regierung den Ratschlägen der Opposition gefolgt, dann wäre den deutschen Interessen unermesslicher Schaden zugefügt worden. Die Haltung der Sozialdemokraten zum Kolonialismus in der Vergangenheit ist heute ein Vertrauenskapital der Bundesrepublik Deutschland bei den jetzt unabhängigen Staaten - aber auch im neuen Portugal.

(-/ 19.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Gehelmsieverrat wirklich ohne Ende?!

Eine böseartig-fragwürdige Praxis muß bald gestoppt werden

Es ist zu hoffen, daß die von der Bundestagspräsidentin Annemarie Renger angekündigte Untersuchung der in Bonn allgemein erregt diskutierten Frage, ob die von der Springer-"Welt" am Wochenende veröffentlichten Geheimakten über ein Mitglied des zweiten Untersuchungsausschusses an die Öffentlichkeit gelangt sind, Erfolg haben wird. So oder so sind wir aber erneut mit einem Skandal konfrontiert worden, der sich als eine verspätete Fortsetzung oder möglicherweise auch als eine Wiederaufnahme der fragwürdigen Praxis darstellt, mit der vor Monaten etwa die "Quick" in die öffentliche Diskussion eingreifen wollte.

Das böseartige Spiel mit solchen Materialien, die auf jedenfall durch Unkorrektheiten in Hände fallen, für die sie nicht bestimmt sind, wird sich, wie die Erfahrung zeigt, nie ganz stoppen lassen. Wenn man sich aber einmal dazu aufraffen könnte, die dann notwendig werdende Untersuchung mit allen legalen Mitteln so sorgfältig und ins Einzelne gehend, wie das Experten möglich sein kann, durch- und auch zu einem Ende zu führen, dann sollte es doch gelingen, Kanäle oder Löcher zu stopfen, aus denen immer wieder Geheiminformationen durchsickern, weil die Beteiligten erwarten, daß man ihnen weder auf die Schliche kommen noch auf die Finger hauen wird und kann.

Die Sofortreaktion des Ausschuß-Vorsitzenden Dr. Walter Wallmann CSU-MdB auf das besorgte und beunruhigte Telegramm des Bundesinnenministers Prof. Dr. Werner Maihofer reicht jedenfalls in gar keiner Weise aus. Gerade ihm als Vorsitzenden dieses besonders heiklen Untersuchungsausschusses müßte daran gelegen sein, den Verdacht auszukurieren, den der Bundesinnenminister ganz zu Recht ausgesprochen hat. Es muß tatsächlich gelingen, auch nur Andeutungen und schon gar Vorkommnisse zu vermeiden, die sich als eine schwere Belastung der vertrauensvollen Zusammenarbeit auswirken müßten, deren Ziel es doch sein muß, die Affäre sachlich zu klären.

In welchem trüben Wasser aber sich bestimmte Politiker der CDU/CSU bewegen, das läßt sich aus der unerhörten Äußerung des hessischen CDU-Vorsitzenden Dr. Alfred Dregger ablesen, der eine Parallele zum Watergate-Fall herbeiführen wollte. Es besteht leider kein Zweifel daran, daß sich die Geisteshaltung dieses Unions-Rechtsaußen auch bei Leuten wiederfindet, die die CDU/CSU-Fraktion in den Untersuchungsausschuß delegiert hat und die diese Prüfung für sich als Basis zum Aufbau ihrer parteipolitischen Karriere benutzen wollen. Die beiden Koalitionsefraktionen werden sehr gut daran tun, wenn sie parallel zu ihrer sachlich-seriösen Untersuchungsarbeit mehr noch als bisher dafür Sorge tragen, daß derlei Praktiken von CDU/CSU-Politikern nicht weiter zur Vergiftung des politischen Klimes beitragen.
(ee/19.8.1974/bgy/ee)

Der Bundesrepublik fehlen 4.500 Werksärzte

Minister-Report zeigt besorgniserregende Fakten

Gegenwärtig sind in der Bundesrepublik nur etwa 550 Ärzte hauptberuflich als Betriebsärzte tätig. Daneben haben noch rd. 1.200 niedergelassene Ärzte nebenberuflich einen Auftrag als Betriebsarzt übernommen. Dies teilte in seiner Reihe "Materialien zur Bildungsplanung" der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft in der Eröffnungsbroschüre Nr.1 über den "Ausbildungsbedarf für Mediziner bis zum Jahre 2.000" mit. Deutlich zeigt sich in dem Bericht nun auch amtlich bestätigt, daß die Arbeitsmedizin in der Bundesrepublik Deutschland noch ein Stiefkind ist. Im 1974 herausgekommenen "Unfallverhütungsbericht 73" des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung heißt es dazu: "Die arbeitsmedizinische Aus- und Weiterbildung von Ärzten wird zunehmend zu einem zentralen Problem einer wirksamen arbeitsmedizinischen Vorsorge und Betreuung der Arbeitnehmer werden. Die Ärzte müssen in Zukunft in weit größerem Umfang als bisher mit den Erkenntnissen über die engen Wechselbeziehungen von Mensch und Arbeit vertraut gemacht werden".

Zukunftsschau ist gut und notwendig. Doch die Gegenwart verlangt jetzt den Respekt vor dem Leben und der Gesundheit der Werkstätigen und aktuelle Vorsorge und Beratung. Für je 2.500 Arbeitnehmer sollte nach der 1966 vom Bundesarbeitsminister angegebenen Richtlinie ein Werksarzt zur Verfügung stehen. Heute aber kommt ein Betriebsarzt erst auf rd. 12.500 abhängig Beschäftigte. So steht es im Report über den langfristigen Ausbildungsbedarf für Ärzte. Noch fünf Jahre nach der vom Bundesarbeitsminister geforderten Quote von einem Werksarzt für 2.500 Arbeitnehmer, nämlich im Jahre 1971, hatte die Deutsche Gesellschaft für Arbeitsmedizin wesentlich weniger optimistisch einen Zeitplan aufgestellt, wonach - "ausgehend von den vermutlich derzeitigen (1971) Verhältnissen, nach denen alle Betriebe mit mehr als 5.000 bis 6.000 Beschäftigte über einen Werksarzt verfügen" - jeder Betrieb über Werksärzte verfügen sollte: bis 1973 bei mehr als 5.000 Beschäftigten, bis 1976 bei mehr als 3.500 Beschäftigten und bis 1980 bei mehr als 2.000 Beschäftigten. Allerdings meinte die Gesellschaft für Arbeitsmedizin damals im Gegensatz zur 2.500-Arbeitnehmer-Richtlinie des Bundesarbeitsministers von 1966, daß ein hauptberuflicher Werksarzt 2.000 bis 5.000 Arbeitnehmer betreuen könne. Da eine Großzahl von Betrieben weniger als 2.000 Beschäftigte hat, sollten für die werksärztliche Versorgung solcher Betriebe an die Schaffung von überbetrieblichen Einrichtungen vorgesehen werden. Dies ist inzwischen durch § 19 des im Dezember 1973 erlassenen Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit ermöglicht worden.

Um dieses Gesetz im Hinblick auf den Werksärztebedarf "ausfüllen" zu können, so sagt der oben zitierte Report "Ausbildungsbedarf für Mediziner bis zum Jahre 2.000", würden rd. 10.000 Werksärzte benötigt unter der Annahme, daß die Hälfte aller Werksärzte vollamtlich tätig

seien und die zusätzlich als Werksärzte tätigen niedergelassenen Ärzte im Höchstfall 50 vH. ihrer Arbeitszeit für die werksärztliche Prävention und Beratung verwenden würden. Zur Verwirklichung des Werksärztegesetzes fehlen also 5.000 Ärzte. Man wird daher auf lange Zeit noch mit den behelfsmäßigen Regelungen auskommen müssen.

Arbeitsmedizin, tagtäglich voll und richtig in den Betrieben praktiziert, kann Milliarden sparen helfen. Nach dem Unfallbericht der Bundesregierung für 1970 war in der BRD seit dem Tiefstand von 1967 wieder eine steigende Tendenz in der Zahl der Berufsunfälle und Berufskrankheiten zu verzeichnen, wie Kurt Blüchel in seinem 1974 herausgegebenen Buch, "Die weißen Magier" (Bertelsmann Verlag, München; seit Monaten auf der Besteller-Liste des "Spiegel") berichtet. Aus dem ebenfalls 1974 veröffentlichten Unfallverhütungsbericht 73 "des Bundesministers für Arbeit" und Sozialordnung geht inzwischen hervor, daß die Berufsunfälle und Berufskrankheiten von 1971 zwar um 3,2 vH. gegenüber 1970 zurückgegangen sind, aber noch immer über denen von 1967 liegen. Die Unfall-Nettokosten von 1971 aber sind gegenüber 1970 um 344 Millionen DM oder 7,1 vH. gestiegen. Insgesamt betragen sie im Jahre 1971 netto 5,225 Milliarden DM.

Einem Schlosserlehrling, so hat nach Blüchel die IG-Metall ausgerechnet, der 1972 durch eine Quetschung des linken Vorfußes die große Zehe verloren habe, müsse die Berufsgenossenschaft im Laufe seines Lebens voraussichtlich 128.559,60 DM an Rente bezahlen. Eine zweckentsprechende arbeitsmedizinische bzw. Betriebssicherheit kontrollierende Aufsicht, die die Anschaffung von ein Paar Sicherheitsschuhen für 40 bis 50 DM veranlaßt hätte, wäre sicherlich billiger gewesen.

Das Gesetz über Betriebsärzte und Sicherheitsingenieure ist ein Meilenstein bei der Schaffung des humanen Arbeitsplatzes. Leider müssen sich jetzt die Verantwortlichen mit den Versäumnissen der früher Verantwortlichen herumschlagen, denn auch Werksärzte können nicht durch Beschuldigungen, aus den Kliniken, den Praxen oder sonstwo hergezaubert werden. (-/19.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert